

Fazit aus den Wahlen: Regieren ist in der Schweiz erneut ein bisschen schwieriger geworden : wir brauchen Hilfe von Europa

Autor(en): **Stamm, Konrad**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **18 (1991)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910134>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Fazit aus den Wahlen: Regieren ist in der Schweiz erneut ein bisschen schwieriger geworden

Wir brauchen Hilfe von Europa

Politiker und Statistiker, Politologen und Journalisten werden noch lange damit beschäftigt sein, das Ergebnis der Wahlen zu analysieren, interpretieren und kommentieren.

Eine Schlussfolgerung steht indessen heute schon fest: Das Regieren in der Schweiz wird nach diesen Wahlen noch schwieriger; die Entscheidungsfähigkeit der obersten Bundesbehörden ist weiter geschwächt worden.

Zwischen den zwei grossen Lagern, dem bürgerlich-rechten und dem rot-grünen, sind kaum Gewichte verschoben worden. Innerhalb der beiden Blöcke jedoch haben die Regierungsparteien Haare lassen müssen. Gestärkt wurden auf der einen Seite die Grünen, die zur zahlenmässig gewichtigsten Oppositionspartei geworden sind, auf der andern Seite vor allem die Autopartei, die einen für schweizerische Verhältnisse geradezu sensationellen Wahlerfolg erzielt hat.

Ins Auge springt, dass von den vier Regierungsparteien jene zwei mit einem blauen Auge davongekommen sind, die zur Politik des Bundesrates des öftern auf Distanz zu gehen pflegen – das heisst konkret: die Sozialdemokraten und die Schweizerische Volkspartei. Am stärksten zur Ader gelassen hinge-

gen sehen sich jene zwei Parteien, die am meisten mit der Regierungspolitik identifiziert werden, nämlich die Freisinnigen und die CVP.

Kommentare sprechen denn auch von einer «Protestwahl», in der die Wählerinnen und Wähler ihrem Missbehagen über die Orientierungslosigkeit und Führungslosigkeit an der Staatsspitze sowie ihrem Unmut gegen die staatliche Reglementiererei – kurz: ihrer Unzufriedenheit mit Regierung und Regierungsparteien Ausdruck verliehen hätten.

Solche Interpretationen treffen jedoch nur einen Teil der Wahrheit. Ebenso richtig ist, dass das Lager der Regierungsparteien bereits seit Einführung der «Zauberformel» im Jahr 1959 ununterbrochen abbröckelt. Gleichzeitig hat

auch die Wahlbeteiligung mehr oder weniger kontinuierlich abgenommen. Die Wahlen bestätigen also nichts weiter, als dass das schon vor Jahrzehnten diagnostizierte schleichende helvetische Malaise seinen Fortgang nimmt.

*

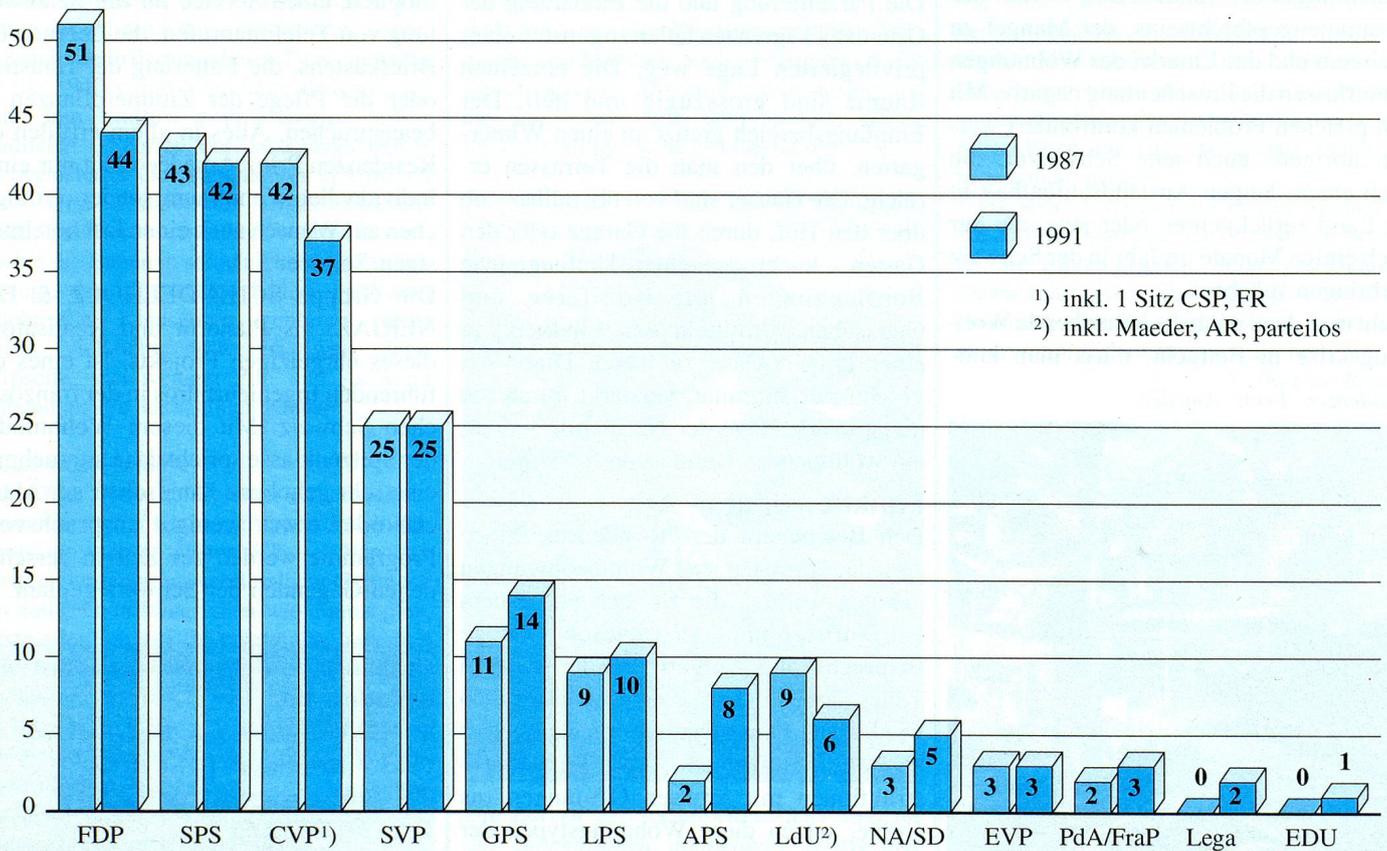
Die Unterstützung für die Regierungspolitik hat sich seit 1959 praktisch halbiert. Die Entscheide des Bundesrates werden von weniger als einem Drittel der wahlberechtigten Schweizerinnen und Schweizer mitgetragen. Das sollte nicht zuletzt deshalb Anlass zu Besorgnis geben, weil das Regierungsbündnis aus FDP, CVP, SP und SVP (unter dem Namen «Zauberformel») ja gerade geschaffen wurde, um einen möglichst breiten Ausschnitt des politischen Spektrums in die Regierungsverantwortung einzubinden oder – anders ausgedrückt – um in einem Staat, der aus lauter politischen Minderheiten besteht, die Mehrheit dieser Minderheiten mitverantwortlich und damit die Staatsführung gegen Referenden resistent zu machen.

*

Zwei Tatsachen stellen heute die Funktionsfähigkeit der «Zauberformel» grundsätzlich in Frage:

1. Die vier beteiligten Parteien finden in ent-

Die Sitzverteilung des neugewählten Nationalrates





scheidenden Fragen (Europa, Sicherheit, Finanzen) keinen Konsens mehr.

2. Die vier Parteien vereinen zwar noch eine Mehrheit der Wählenden, aber längst nur noch eine Minderheit der Wahlberechtigten hinter sich. Die wachsende Zahl von Protestwählern und Wahlabstinenten lässt darauf schliessen, dass Regierungs- und Parlamentsentscheide zunehmend durch Referenden in Frage gestellt werden. Dadurch wird eine zielstrebige und effiziente Staatsführung erschwert, das Missbehagen wächst, die Zahl der Protestwähler und Wahlabstinenten vergrössert sich noch mehr... Das Ganze ist ein Teufelskreis.

*

Solch schonungslose Analyse ruft nach Rezepten, wie den kritisierten Zuständen abzu- helfen wäre. Gefordert sind in erster Linie die mehrheitsfähigen bürgerlichen Bundesratsparteien. Aber gerade die beiden grossen unter ihnen, die FDP und CVP, sind in den Nationalratswahlen spürbar geschwächt worden.

Parteienportraits

Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)

Gründungsjahr: 1894

Mitglieder: rund 150 000, davon ein Viertel Frauen

Vorsitz: Nationalrat Franz Steinegger, Uri

Wahlslogan: «Freiheit gewinnt».

Themen: Totalrevision der Bundesverfassung, bewaffnete Neutralität, beschleunigte Durchsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau, bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, konsequente Durchsetzung des Asylgesetzes, Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs.

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

Gründungsjahr: 1912

Mitglieder: rund 80 000, davon 25–30% Frauen

Vorsitz: Nationalrätin Eva Segmüller SG

Wahlslogan: «Zukunft für alle»

Themen: EG-Beitrittsgesuch. Drogenpolitik: Mehr Mittel für Therapie und Fürsorge. Asylantenfrage: Ursachenbekämpfung in den Herkunftsländern, Schaffung von Bundeszentren für Asylbewerber sowie konsequente Ausschaffung von abgewiesenen Gesuchstellern. Wohnen: Marktmiete statt Kostenmiete.

Sozialdemokratische Partei (SP)

Gründungsjahr: 1888

Sie werden vermutlich weder den Mut finden, die SP aus dem Regierungsbündnis hinauszukippen, noch die Kraft, ihre Führungsrolle entschlossen wahrzunehmen; denn es fehlt ihnen dazu nicht zuletzt die innere Geschlossenheit.

*

Die Chancen, den Erosionsprozess des Regierungslagers aufzuhalten, sind somit kleiner denn je. Es lässt sich unschwer voraussagen, dass die Bundesratsparteien 1995 erneut Verluste zu verbuchen haben werden – es sei denn, unser politisches System erhalte in der Zwischenzeit entscheidende neue Impulse. Und diese Impulse können nur von aussen kommen. Wenn hierzulande noch etwas bewegt werden soll – so lautet der ernüchternde Befund – dann muss der Anstoss dazu die europäische Integration sein. Aus eigener Kraft wird es die Schweiz nicht mehr schaffen. Nach diesen Wahlen weniger als je zuvor.

*Konrad Stamm, Redaktor «Der Bund»
(Text leicht gekürzt von der SR-Redaktion)*

Mitglieder: rund 40 000 Mitglieder, davon ein Viertel Frauen

Vorsitz: Nationalrat Peter Bodenmann VS

Themen: Wohnungsnot, neue Armut, Reform der Krankenversicherung, Verbesserung der AHV, Gleichstellung von Mann und Frau. EG-Beitritt der Schweiz, Reform der Innenpolitik u.a. im Bereich der Umwelt-, Verkehrs- und Bodenpolitik, Halbierung der Militärausgaben und aktive Friedenspolitik.

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Gründungsjahr: 1937

Mitgliederzahl: 80 000

Vorsitz: Ständerat Hans Uhlmann TG

Wahlslogan: «Mit Mut in die Zukunft»

Themen: Einführung einer CO₂-Abgabe, Gleichstellung zwischen Mann und Frau in der Arbeitswelt. Landwirtschaft: Förderung der Ausbildung der Bauern, umwelt- und tiergerechte Produktion. EG: Beitritt erst sinnvoll, wenn echte demokratische Strukturen vorhanden. Drogenpolitik: Aufklärung, Prävention und Therapie ja, Fixerräume nein.

Landesring der Unabhängigen (LdU)

Gründungsjahr: 1936

Mitgliederzahl: rund 5000, davon ein Drittel Frauen

Vorsitz: Nationalrat Franz Jäger SG

Wahlslogan: «Rezepte für eine sinnvolle Zukunft»

Themen: Totalrevision der Bundesverfassung. Bekenntnis zu einer «ökologisch sozialen Marktwirtschaft». Aussenpolitik: Vollmitgliedschaft bei der EG. Einreichen eines Beitrittsgesuchs im Jahre 1992. Aufbau einer stabilen und gerechten Friedensordnung.

Evangelische Volkspartei (EVP)

Gründungsjahr: 1919

Mitgliederzahl: zirka 4000, davon rund 1500 Frauen

Präsident: Nationalrat Max Dünki ZH

Wahlslogan: «Evangelisch denken heisst Akzente setzen»

Asylpolitik: Für Massnahmen in den Herkunftsländern, um den Zustrom zu bremsen. Für Bekämpfung des Drogenhandels, Förderung des genossenschaftlichen Wohnens. Gegen Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.

Libérale Partei der Schweiz (LPS)

Gründungsjahr: 1913

Mitgliederzahl: rund 15 000

Präsident: alt Nationalrat Claude Bonnard VD

Themen: Für Beitritt zur EG. Asylpolitik: Einführung von Kontingenten.

Grüne Partei der Schweiz (GPS)

Gründungsjahr: 1983

Mitgliederzahl: rund 5500, davon 45% Frauen

Vorsitz: Nationalrätin Irène Gardiol VD

Wahlslogan: «Grüne Partei – der Zeit voraus»

Zentrale Anliegen: Umweltschutz. Ökologische Marktwirtschaft. Frauengleichberechtigung. Neue Sozialpolitik: AHV/IV Mindestrente, unabhängig von den bezahlten Beträgen. Gegen EG in ihrer jetzigen Form als zentralistische Wirtschaftsgemeinschaft.

Auto-Partei der Schweiz (AP) – die Freiheitlichen

Gründungsjahr: 1985

Mitgliederzahl: zirka 13 000, davon rund 15–20% Frauen

Präsident: Nationalrat Jürg Scherrer BE

Wahlslogan: «Freiheit, Wohlstand, Lebensfreude»

Themen: Gegen «Bevormundungs-, Steuer- und Verbotstaat». Für harte Linie in der Asyl- und Drogenpolitik. Deregulierung: Privatisierung von PTT und SBB kein Tabu. Verkehrspolitik: Gegen Behinderungen des Individualverkehrs. Für freie Wahl des Verkehrsmittels.